

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Malte Dörge / PubliXviewinG

Energiewende retten – AKW abschalten!

30.11., Berlin: Bundesweite Demonstration und Umzingelung des Kanzleramts

Liebe Freundinnen und Freunde, uns stinkt es gewaltig! Wir sind doch nicht deshalb mit Hunderttausenden gegen Atomkraft auf die Straße gegangen, damit jetzt immer mehr schmutziger Braunkohlestrom produziert wird. Wir sehen nicht ein, dass flexible Gaskraftwerke stillgelegt werden, während hochgefährliche Atommeiler mit voller Last weiterlaufen – selbst dann, wenn, wie immer öfter der Fall, Sonne und Wind schon einen großen Teil des Strombedarfs decken. Uns nervt es kolossal, wie die PR-Abteilungen der Stromkonzerne es geschafft haben, dass nur noch über Strompreise diskutiert wird statt über die Kosten der Klimakatastrophe und des Atommüll-Desasters.

Und jetzt soll es noch schlimmer kommen: Nach der Wahl, so klang es schon im Wahlkampf aus allen Ecken, kommt die große Reform der Energiewende. Leider

denkt die künftige Regierung dabei nicht an eine Beschleunigung des Atomausstiegs. Stattdessen droht ein Ausbremsen der Erneuerbaren und ein „Weiter so“ bei Kohle und Atom. Die Lobbyisten der Stromkonzerne sind derzeit in Berlin so aktiv wie lange nicht. Sie sehen die Chance, das Rad zu bremsen oder gar zurückzudrehen.

Nicht mit uns! Es ist an der Zeit, wieder auf die Straße zu gehen, um den Mächtigen in Wirtschaft und Politik klar zu machen, dass sie nicht damit durchkommen werden, wenn sie die Erfolgsstory von Sonnen- und Windenergie abwürgen wollen. .ausgestrahlt hat gemeinsam mit der Kampagnen-Organisation Campact die Initiative ergriffen und ist auf Umweltverbände und Initiativen mit dem Vorschlag zugegangen, am 30. November in Berlin eine bundesweite Demonstration für die Beschleunigung der Energiewende zu

machen. Wir wollen die Kräfte der Bewegungen bündeln, die gegen Atomkraft, für den Klimaschutz, gegen Fracking, für eine Energiewende in der Hand der Bürgerinnen und Bürger streiten. Bist Du dabei? Wir zählen auf Dich!

Das .ausgestrahlt-Team

„Eine wirtschaftliche Entscheidung“
Energieexperte Felix Matthes über ungewünschte und sinnvolle Kraftwerksstilllegungen
Seiten 4–5

Warum machen wir das eigentlich?
Echte Gründe für eine echte Energiewende
Seite 7

„Die Suche endet hier“
Sprechverbot des Atomkontrolleurs, Siegeszug der BürgerenergiegenossInnen und die erste Stadt, die sich als Atommüll-Endlager bewirbt
Seiten 14–15

16.11.: Luftballon-Aktion an sechs AKW-Standorten

Seite 2

30.11.: Bundesweite Energiewende-Demo in Berlin

Seite 3

Rundbrief kostenlos
abonnieren: Seite 12



Vorschau 2014

Kleine Übersicht über bereits geplante Aktionen zum Fukushima- und Tschernobyl-Jahrestag

AKW Neckarwestheim

So, 9. März: Demo von Kirchheim/Neckar bis zum AKW

Fr, 26. April, ab 20 Uhr: Mahnwache vor dem AKW

Oberrheintal

So, 9. März: deutsch-französische Anti-Atom-Demos, u.a. für die Stilllegung des AKW Fessenheim, Menschenketten auf allen Brücken über den Rhein zwischen Basel und Straßburg

Jülich

Sa, 8. März: Demonstration

AKW Brokdorf

Sa, 26. April: „Protest- und Kulturmeile“ mit Kundgebung am AKW

Anzeigen

**energy transition?
...energy turnaround?**

Foto: Carthago City, Auendorf, 1.1 MW

**the world speaks of the german
“energiewende”!**

Die Welt spricht über die deutsche Energiewende, wir realisieren Solarprojekte. Interessiert? Fordern Sie Infos an:

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.oberschwaben-solar.de
Info@oberschwaben-solar.de

Wie weit kommt die Wolke?

16.11.: Luftballon-Aktion an sechs AKW-Standorten macht die Atom-Gefahr auch fernab vom Reaktor sichtbar

Ganze zehn Kilometer weit reicht die Evakuierungszone um ein AKW in den amtlichen Katastrophenschutzplänen. Nicht erst Fukushima hat gezeigt, wie realitätsfremd das ist: Ein schwerer Atomunfall kann weit größere Gebiete verstrahlen und unbewohnbar machen – einer Studie des Bundesamts für Strahlenschutz zufolge sogar noch in 170 Kilometern Entfernung vom AKW. Fast drei Jahre nach Beginn der Katastrophe in Japan steht das Thema nun auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz Anfang Dezember in Osnabrück – siehe auch Hintergrund-Infos auf Seite 10.

Mit Luftballonstarts von sechs AKW-Standorten will ein Bündnis lokaler Anti-Atom-Initiativen mit „ausgestrahlt“ die Gefahren der noch laufenden AKW wieder ins Bewusstsein rücken und zeigen, wie weit Luftballons (und also auch radioaktive Partikel) im Zweifel treiben können.

Dazu werden am Samstag, den 16.11., um fünf vor zwölf an den AKW Lingen/Emsland, Grohnde, Philippsburg, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld und Ohu/Isar jeweils 999 mit Helium gefüllte (Naturkautschuk-)Ballons starten. Die daran befestigten Postkarten können zurückgeschickt oder ihre Findeposition online eingegeben werden. Eine Karte im Internet wird dann für alle nachsehbar dokumentieren, wie weit die Ballons geflogen sind.



Das kannst Du tun:

- Weise Leute, die im 200-Kilometer-Umfeld um ein AKW wohnen, auf die Aktion hin und fordere sie auf, am 16.11. und den Tagen danach auf gelandete Ballons zu achten.
- Verteile Flyer, die über die Aktion informieren. Auf www.ausgestrahlt.de/shop findest Du zudem eine breite Palette an Verteil- und Aktionsmaterialien zum Thema Katastrophenschutz.
- Informiere die Presse in Deiner Stadt über die Aktion und über gefundene Ballons.

Mehr Infos und Materialien:

www.atomalarm.info

www.ausgestrahlt.de



DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

Auf nach Berlin!

Sa, 30.11.: Bundesweite Demonstration „Energiewende retten“ mit Umzingelung des Kanzleramts

Nervt Dich der Verlauf der Debatte um die Energiewende auch so wie uns? Der Klimawandel und die Bedrohungen, die er für Milliarden Menschen bedeutet – spielen keine Rolle mehr! Das immense Atom-Risiko (Fukushima ist noch nicht mal drei Jahre her!): Ebenfalls kein Thema. Stattdessen: Schräge Debatten um Strompreise, flexible Gaskraftwerke, die reihenweise vom Netz gehen, Dörfer, die Braunkohlegruben weichen sollen und Energiekonzerne, die massenweise Atomstrom ins Ausland verkaufen und jetzt auch noch auf Prämien für ihre Uralt-Meiler hoffen. Irgendwas läuft da gewaltig schief!

Stellen wir die Debatte wieder vom Kopf auf die Füße und reden darüber, worum es eigentlich geht: Wir wollen raus aus Kohle und Atom, weil die Gefahren zu groß sind. Wir wollen hin zu einer dezentraleren Energieversorgung in der Hand von Bürgerinnen und Bürgern, damit die Energiekonzerne nicht immer weiter den Ton angeben (siehe Seite 7). Jetzt stehen konkrete Entscheidungen an, wie es energiepolitisch weitergehen soll. Die klare Mehrheit der Bevölkerung will

eine beschleunigte Energiewende, doch ihre Positionen werden öffentlich kaum sichtbar. Derweil lancieren die Energiewende-Bremser millionenschwere PR-Kampagnen, nehmen Einfluss, wo es nur geht. Erste Maßnahmen gegen den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien könnte der Bundestag schon diesen Herbst beschließen.

Deshalb ist es höchste Zeit, auf die Straße zu gehen. Unsere Idee: Alle gesellschaftlichen Kräfte, die eine zügige, ökologische und dezentrale Energiewende wollen, tun sich zusammen und demonstrieren gemeinsam am 30. November in Berlin: lokale Energiegenossenschaften, Bürgerinitiativen gegen Fracking, Klima-AktivistInnen, Umweltverbände, Unternehmen der Erneuerbaren-Branche und ihre Beschäftigten, AtomkraftgegnerInnen, Ökostrom-KundInnen, Initiativen gegen Kohlekraftwerke und Tagebau und viele andere mehr.

Sicher, der November ist nicht die schönste Jahreszeit, um sich mehrere Stunden draußen aufzuhalten. Aber im

Das kannst Du tun, damit der 30.11. ein Erfolg wird:

- **Sei dabei!** Komm nach Berlin und demonstrier mit uns!
- Sprich Menschen aus Deinem persönlichen Umfeld an und **verabrede Dich zur gemeinsamen Fahrt nach Berlin!** Manche machen vielleicht gleich ein ganzes Berlin-Wochenende draus.
- **Verteile Flyer und klebe Plakate!** Kostenloses Material kannst du auf S. 11 oder unter www.ausgestrahlt.de/shop bestellen.
- Verbreite die Nachricht von der Demonstration **per E-Mail und in sozialen Netzwerken!**
- **Du bist in einer Gruppe/Organisation/Unternehmen**, die/das sich für das Thema interessieren könnte? Dann mach die Demo dort bekannt und frage, ob sich die Organisation für die Demo stark machen kann!
- **Du willst mehr tun?** Dann gehe in Deiner Stadt/Region auf andere Akteure der Energiewende zu: Initiativen, Verbände, Unternehmen etc. und frage, ob nicht alle in ihren Reihen mobilisieren und gemeinsam eine Fahrt nach Berlin organisieren wollen.
- Organisiere einen Bus nach Berlin und trage ihn auf der Anreise-Seite unter www.ausgestrahlt.de ein!
- Unterstütze die Vorbereitung der Demonstration mit einer **Spende an .ausgestrahlt!**
- **Du bist BerlinerIn?** Dann kannst Du die Zeit, die Du bei der Anreise sparst, in den Wochen davor dafür einsetzen, möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu bewegen! Wäre doch toll, wenn ganze Belegschaften, Sport-Teams, Schulkassen oder Kita-Gruppen samt Eltern an der Demo teilnehmen ...



November 2010 haben 50.000 Menschen im Wendland gegen den Castor-Transport demonstriert, weil es ihnen ein wichtiges Anliegen war. Auch jetzt, da die Energiewende auf der Kippe steht, geht es um viel.

Deshalb hoffen wir, dass Du Dich auf den Weg nach Berlin machst, dass Du andere ansprichst und mitbringst, dass Du dazu beiträgst, am 30.11. eines öffentlich sichtbar zu machen: Wir meinen es ernst mit der Energiewende und stellen uns all denjenigen entgegen, die weiter mit den alten schmutzigen Methoden Riesengewinne einfahren wollen.

Ablauf der Demonstration:

- 13.00 Uhr: Auftaktkundgebung auf dem Washingtonplatz vor dem Berliner Hauptbahnhof
- 14.00 Uhr: Demonstrationzug durch das Regierungsviertel mit lautstarker Umzingelung des Kanzleramts
- 15.30 Uhr: Abschlusskundgebung und Konzert, Washingtonplatz
- 16.30 Uhr: Ende der Veranstaltung

„Eine wirtschaftliche Entscheidung“

Dr. Felix Matthes, Energiewirtschaftsexperte, über ungewünschte und sinnvolle Kraftwerksstilllegungen und Möglichkeiten, die Abschaltreihenfolge zu beeinflussen

Herr Matthes, die Energiekonzerne fordern die Abschaffung der Brennelementesteuer: Ihre AKW würden unwirtschaftlich. Wie groß ist die Chance, dass sie die Reaktoren bald abschalten?

FELIX MATTHES: Das ist eine Drohkulisse. Trotz Brennelementesteuer verdienen die AKW immer noch Geld, wenn auch nicht mehr sehr viel. In wirtschaftlicher Schwierigkeit sind dagegen Erdgaskraftwerke ohne Kraft-Wärme-Kopplung und ältere Steinkohlekraftwerke. Deren fixe Betriebs-, Personal- und Reparaturkosten werden nicht mehr gedeckt.

Gaskraftwerke legen die Betreiber bereits reihenweise still. Ist das nicht absurd, aus Energiewendesicht?

Was heißt absurd? Das hat eine klare ökonomische Rationalität! Die derzeitige Situation ist gekennzeichnet durch vergleichsweise niedrige Stromnachfrage, hohe Erdgaspreise, niedrige Steinkohlepreise und einen zusammengebrochenen EU-Emissionshandel. In dieser Kombination sind Gaskraftwerke unattraktiv.

Welche Rolle spielt der Preis für CO₂-Verschmutzungsrechte?

Wenn der so hoch wäre, wie die Europäische Kommission es einst erwartet hatte, also etwa bei 30 Euro, stünde die Erdgasverstromung viel, viel besser da. Aber da der CO₂-Vorteil von Gaskraftwerken momentan nicht zu ökonomischen Vorteilen führt, fliegen sie raus aus dem System.

Die „Drohkulisse“ bauen die Betreiber ja bei allen konventionellen Kraftwerken auf. Wenn sich so viele Anlagen nicht rechnen – gibt es schlicht zu viele?

Wir haben im Moment Überkapazitäten, das ist völlig unbestritten. Eine ganze Reihe von Kraftwerken sind schon zur Stilllegung angemeldet, allerdings nicht Atom- oder Braunkohle-, sondern Gas- und Steinkohlekraftwerke. Bei denen ist es eine Mischung aus einem realen ökonomischen Problem und einem Teil Drohkulisse.

Wie groß sind die Überkapazitäten?

Das hängt von vielen Rahmenbedingungen ab. Momentan sind es aber deutschlandweit mindestens 5.000 Megawatt. Die eigentliche Herausforderung besteht in der regionalen Ungleichverteilung.

Und worin besteht dann die Drohung, wenn Kraftwerksbetreiber die Stilllegung einiger Anlagen in den Raum stellen?

Die Überkapazitäten, die wir heute haben, werden ja nicht unendlich anhalten. Denn wir haben ja auch noch neun Atomkraftwerke, die stillgelegt werden müssen. Und im Ausland werden Kraftwerke in einer ähnlichen Größenordnung vom Netz gehen – überwiegend, weil sie die Luftreinhaltestandards nicht einhalten können. Die Überkapazitäten, die wir heute haben, werden also im Verlauf der nächsten Dekade verschwinden. Wir werden dann in eine Situation kommen, wo man Kraftwerke, die heute stillgelegt werden, möglicherweise wieder braucht, oder neue Kraftwerke bauen, die im heutigen Marktdesign gleich gar nicht wirtschaftlich sind. Das ist das Spannungsfeld, in dem die Energiepolitik heute steht.

Wenn wir die Gaskraftwerke, die heute von Stilllegung bedroht sind, in einigen Jahren wieder brauchen, die AKW dagegen, die heute noch laufen, laut Gesetz spätestens Ende 2022 abgeschaltet werden müssen: Wäre es dann nicht viel sinnvoller, heute gleich die Anlagen stillzulegen, die man sowieso loshaben will: also die AKW?

Ja – aber das Problem ist: Diese Stilllegungsentscheidung wäre zumindest im

Dr. Felix Christian Matthes, 51, hat Elektrotechnik studiert und in Politikwissenschaft promoviert. Seit 2009 ist er Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik beim Öko-Institut e.V. in Berlin. 2011 rechnete er in einer Kurzstudie für den

WWF vor, dass 14 der damals noch laufenden 17 Reaktoren schon bis 2013 problemlos abgeschaltet werden könnten, der Rest dann bis 2020.



Foto: privat

Moment keine politische, sondern eine wirtschaftliche der Betreiber. Und noch verdienen AKW ja halbwegs Geld. Das heißt, man müsste die Betreiber zwingen, die Anlagen stillzulegen, ...

Oder sie eben noch etwas unwirtschaftlicher machen.

... und auf der anderen Seite müsste man einen Mechanismus schaffen, mit dem man heute unwirtschaftliche Anlagen, etwa Gaskraftwerke, im System halten kann.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmt die Politik. An welchen Schrauben könnte sie drehen?

Man muss zwischen kurzfristig und langfristig wirksamen Maßnahmen unterscheiden. Den EU-Emissionshandel etwa werden wir in jedem Fall reparieren müssen. Aber da ist so viel schief gelaufen, dass das fast eine Dekade brauchen wird.

Was ist mit der Brennelementesteuer?

Die Großhandelspreise für Strom liegen immer noch bei 30–40 Euro die Megawattstunde, die Betriebskosten der AKW bei 10–15 Euro. Selbst mit Brennelementesteuer sind die immer noch wirtschaftlich – wenn auch in geringerem Maße.

Die Steuer verteuert die Megawattstunde aktuell um 15 Euro, damit läge Atomstrom bei 25 bis 30 Euro. Und die SPD hat im Wahlkampf bereits versprochen, den Steuersatz noch anzuheben. Setzt sie sich damit durch, würde das die Abschaltreihenfolge der Kraftwerkstypen doch konkret beeinflussen, oder?

Das hängt von der Höhe des dann beschlossenen Steuersatzes ab. Wenn man da in die Nähe einer sogenannten Erdrosselungssteuer kommt, wird es aber auch rechtlich kompliziert.

Erneuerbare Energien deckten im letzten Jahr schon 23 Prozent des Stromverbrauchs. Welche Rolle spielt ihr weiterer Ausbau?

Schon heute sind wir in der Situation, dass im Prinzip kein konventionelles Kraftwerk mehr rund um die Uhr einfach durchlaufen kann. Steigt der Anteil des regenerativen Stroms auf 30 Prozent, dann werden erstens Sonne und Wind immer wieder auch über längere Zeiträume den kompletten Strombedarf decken – man braucht dann also gar keine konventionellen Kraftwerke mehr; das drückt deren Wirtschaftlichkeit. Zweitens machen die erneuerbaren Energien sich dann zunehmend selber Konkurrenz. Beides führt dazu, dass wir den Rahmen für den Betrieb und die Investition in Kraftwerke – konventionelle wie erneuerbare – neu regeln müssen. Je schneller die Erneuerbaren wachsen, desto größer ist der Druck.

Etwas, den Strommarkt anders zu gestalten?

Genau. Das geht auch kurzfristig. Man könnte etwa anfangen, das Zur-Verfügung-Stellen von Kraftwerkskapazität ökonomisch zu honorieren, ...

... also einen sogenannten Kapazitätsmarkt schaffen.

Die Debatte läuft ja. Darum muss sich die neue Regierung kümmern.

Und die Stromkonzerne reiben sich schon die Hände, weil sie so zusätzliches Geld für ihre Kohle- und Atomkraftwerke bekommen können?

Wir müssen auf jeden Fall von der hypothesebasierten Politik wegkommen. Sonst können weiter irgendwelche Unternehmen sagen „Es gibt da ein Problem“ und auf einmal tauchen die irrsten Lösungsvorschläge auf. Den Pilotfall haben wir ja gerade in Nordrhein-Westfalen: Da will dann auf einmal der Wirtschaftsminister fossile Kraftwerke einfach so aus dem Staatshaushalt subventionieren. So ist dem Lobbyismus Tür und Tor geöffnet.

Kapazitätsmärkte verhindern das?

Die Frage, ob wir genügend Kraftwerkskapazitäten haben, kann man mit ihnen hervorragend objektivieren: Wenn zu viel Kapazität da ist, gibt es kein Geld. Erst wenn sie wirklich knapp wird – und nicht, wenn das einfach jemand behauptet! – stellt sich ein Preis heraus. Drohkulissen nützen dann nichts mehr: Stattdessen konkurrieren dann etwa Kraftwerke auch mit

Stromverbrauchern, die ihren Spitzenlastbedarf absenken.

In welcher Größenordnung bewegt sich denn dieses Lastmanagement-Potenzial, nach unten und oben?

Schätzungen zufolge ließe sich die Spitzenlast um bis zu zehn Gigawatt reduzieren. Um Erzeugungsspitzen abzufangen, müsste man die Nachfrage ausweiten – etwa über Speicher, die man füllt. Für beides sind aber Investitionen nötig, die sich refinanzieren müssen.

Greenpeace und BUND lehnen Kapazitätsmärkte explizit ab – zu groß sei die Gefahr, dass sie gerade die Anlagen rentabel halten, die man loswerden will: Atom- und Kohlekraftwerke.

Die Frage aber bleibt: Auf welcher ökonomischen Basis sichern wir ab, dass die erneuerbaren Energien, die immer mehr Strom erzeugen werden, bei Bedarf durch ausreichend konventionelle Kraftwerke und Lastmanagement und längerfristige Speicher ergänzt werden? Die Antwort darauf sind die Kritiker der Kapazitätsmärkte bisher schuldig geblieben.

Sind, was den Strommarkt der Zukunft angeht, Kraftwerkskapazität und Kosten denn das allein Entscheidende?

Nein. Aber man kann ja auch andere Kriterien da reinbringen, Umweltkriterien etwa, Flexibilität. Ich plädiere zum Beispiel dafür, dass zumindest neue Anlagen, die Zahlungen aus dem Kapazitätsmarkt erhalten, auch schnell regelbar sein müssen.

Noch immer gibt es viele Akteure, die die Energiewende am liebsten verzögern oder gegen die Wand fahren würden. Was wäre das Schlimmste, das passieren könnte?

Dass wir jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien stoppen, wo wir sie gerade und mit hohem Aufwand billig gemacht haben, und stattdessen den konventionellen Kraftwerkspark, der aus sich heraus schon nicht mehr bestandskräftig ist, auf beliebige Weise subventionieren. Das wäre ein perspektivloses Rumreparieren, da hätte niemand was davon. Und die Zukunft schon gar nicht.

■ Interview: Armin Simon



100 % Ökostrom

unabhängig, nachhaltig, fair

Einfach online zu naturstrom wechseln und 20 €-Stromgutschrift erhalten: www.naturstrom.de/ausgestrahlt

- Strom aus Wind- und Wasserkraft
- unabhängig von Atom- und Kohlekonzernen
- Bau und Förderung neuer Öko-Kraftwerke
- Energiewende für Bürger
- faire Konditionen



GRÜNER
STROM
LABEL

NATURSTROM AG

Achenbachstraße 43
40237 Düsseldorf
Tel 0211 77 900-300



naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

Abschalten mit großer Koalition

Herausforderungen für die Anti-Atom-Bewegung nach der Wahl

Mitte Oktober, während dieser Text entsteht, läuft in Berlin alles auf eine Große Koalition hinaus – Anfang November, wenn Du ihn liest, wird wahrscheinlich klar sein, ob es wirklich so kommt.

Für uns AtomkraftgegnerInnen könnte das vier zähe Jahre bedeuten. Denn die Situation ist in vielem vergleichbar mit der letzten Großen Koalition 2005 bis 2009. Damals herrschte atompolitisch schlichtweg Stillstand: Die Restlaufzeiten, die der rot-grüne „Atom-Konsens“ den AKW zugestanden hatte, tastete Schwarz-Rot nicht an – weder in die eine, noch in die andere Richtung. Eon, RWE und Co. jedoch jonglierten so geschickt mit den sogenannten Reststrommengen, dass alle Reaktoren am Netz bleiben konnten. Im Hintergrund bereiteten sie ihre Kampagne für Laufzeitverlängerungen vor – die 2009 gewählte schwarz-gelbe Bundesregierung setzte diese dann um. Unterm Strich ging der 2000 von Rot-Grün groß proklamierte „Ausstieg“ in der Zeit der Großen Koalition also keinen Schritt voran.

Und heute? Laut Merkels Atomgesetz, dem 2011 im Bundestag auch FDP, SPD und Grüne zugestimmt haben, soll in der jetzt beginnenden Legislaturperiode nur ein einziges AKW – Grafenrheinfeld Ende 2015 – abgeschaltet werden. Die anderen acht Reaktoren werden, wenn alles so bleibt, auch bei der nächsten Bundestagswahl noch am Netz sein und dafür sorgen, dass Deutschland wie heute zweitgrößter Atomstrom-Produzent in der EU sein wird. Wieder ist also ein „Ausstieg“ versprochen, der aber nicht dazu führt, dass tatsächlich AKW vom Netz gehen – und wieder droht eine Große Koalition, das einfach auszusitzen.

Mehrheit der Bevölkerung will schneller abschalten

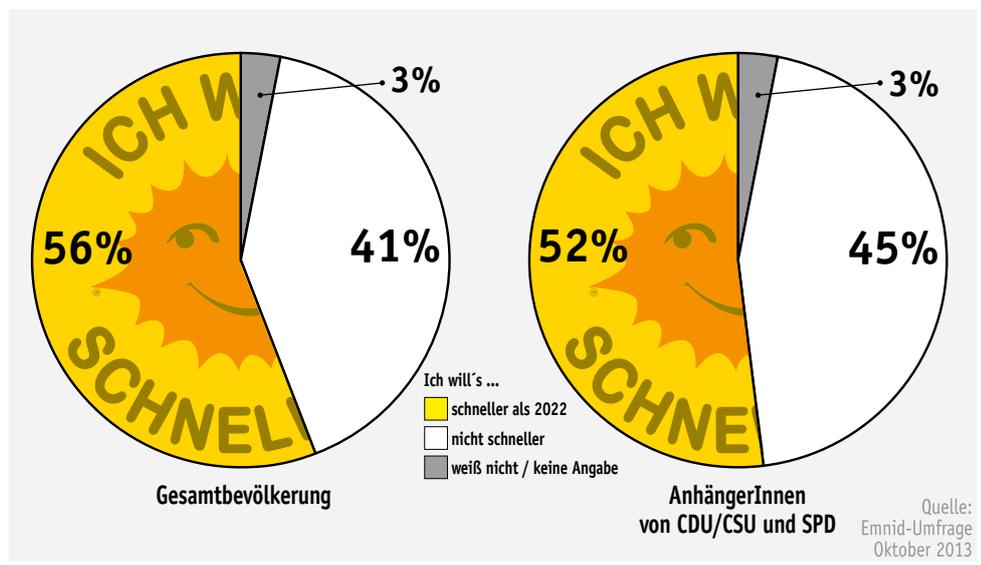
Die große Mehrheit der Bevölkerung hingegen, das zeigt eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt, will etwas völlig anders: 56 Prozent wollen, dass die AKW schneller vom Netz gehen, als es Merkels Atomgesetz vorsieht (alle Zahlen: www.ausgestrahlt.de/umfrage). Gegenüber Januar, wo wir

dieselbe Frage schon einmal hatten stellen lassen, ist der Anteil der mit dem lahmten Ausstiegstempo Unzufriedenen noch einmal gestiegen: Damals sprachen sich 51 Prozent für ein schnelleres Abschalten der AKW aus. Das sind erstaunliche Zahlen, denn sie geben ja nicht den Anteil der AtomkraftgegnerInnen in der Gesellschaft wieder – das sind noch deutlich mehr! Nein, diese 56 Prozent wollen schneller abschalten, als es selbst die

gibt. Auch höhere **Haftpflichtprämien**, kostspielige **Nachrüstungen** oder längere Stillstände könnten für manchen Meiler so das Aus bedeuten.

Bei der Energiewende den Atomausstieg nicht vergessen

Die große Debatte über die **Energiewende** hat ebenfalls einen wichtigen Atomkraft-Teil: Je schneller und je mehr AKW vom Netz gehen, desto mehr Platz



Grünen im Bundestag beschlossen haben! Selbst wenn man nur die AnhängerInnen von CDU/CSU und SPD betrachtet, zeigt sich eine knappe schwarz-rote Mehrheit für „Mehr Tempo beim Atomausstieg“.

Wie gelingt es der gesellschaftlichen Mehrheit, die einen schnelleren Ausstieg will, Druck auf die Regierung auszuüben, damit sich da was bewegt? Welche Hebel hat die Anti-Atom-Bewegung, damit die Reaktoren, die zur Stromversorgung ja gar nicht mehr benötigt werden, nicht noch viele Jahre weiterlaufen?

In den Koalitionsverhandlungen werden, so wie es derzeit aussieht, AKW-Laufzeiten keine Rolle spielen. Indirekt jedoch könnte es durchaus auch um sie gehen – etwa bei der Frage der **Brennelementesteuer**, die AKW unrentabler macht. Je weniger Gewinn ein Reaktor abwirft, umso größer ist die Chance, dass sich etwa eine Reparatur nicht mehr lohnt und der Betreiber die Anlage auf-

ist – in den Leitungen wie im Markt – für erneuerbare Energien und für Gaskraftwerke, die für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar sind (vgl. S. 4+5).

Weitere Ansatzpunkte: Je älter die Meiler werden, umso mehr **Sicherheitsprobleme** wird es geben. Das ungelöste **Atommüll**-Problem wird immer drängender. Und bei den **Atomfabriken** in Lingen und Gronau gibt es bisher noch überhaupt kein Abschaltdatum.

Interessant wird auch die Entwicklung auf parlamentarischer Ebene: Welchen Einfluss wird der ökologische Flügel der SPD auf die Regierungspolitik haben? Werden sich die Grünen atompolitisch von Merkel emanzipieren und wieder stärker für einen schnelleren Ausstieg streiten? Wird die Linke ihre deutlichen Positionen in Sachen Atomkraft auch in politisches Agieren umsetzen? Wir werden sehen ... und uns einmischen.

Jochen Stay

Umsteigen bitte!

Alle reden über Strompreise – ein Ablenkungsmanöver. Hier steht, worum es wirklich geht: Warum eine zügige, echte Energiewende nötig ist. Und warum wir dafür streiten

Grund 1:

Klimaveränderungen bremsen

Durch die Verbrennung von Kohle, Öl oder Erdgas steigt die CO₂-Konzentration der Erdatmosphäre. Die Erde erwärmt sich wie ein Gewächshaus, die Folge sind schmelzende Polkappen, ein Anstieg des Meeresspiegels und unumkehrbare Veränderungen in nahezu jedem Ökosystem weltweit. Jüngst haben die WissenschaftlerInnen des Weltklimarates erneut und deutlicher denn je ein sofortiges Umsteuern beim Ausstoß von Klimagasen angemahnt, um die schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe noch abzuwenden. Bei uns ist die Energieerzeugung mit Abstand der größte Verursacher von Treibhausgasemissionen. Dabei gibt es Alternativen: Bei Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien liegt der Klimagasausstoß nahe bei Null. Der Klimakollaps lässt sich nur verhindern, wenn wir Kohlekraftwerke und Ölheizungen schnellstmöglich durch erneuerbare Energien ersetzen und unseren Energieverbrauch senken.

Grund 2:

Atomrisiko stoppen

Atomkraft ist keine Alternative zu Kohle, Öl oder Gas. Ein schwerer Atomunfall gefährdet Leben und Gesundheit von Hunderttausenden – siehe Tschernobyl und Fukushima. Schon bevor es zum Super-GAU kommt, ist Atomkraft lebensgefährlich: Kinder im Umkreis von AKW erkranken deutlich häufiger an Krebs, der strahlende Abfall aus den Reaktoren bedroht nicht nur uns, sondern Zigtausend nachfolgende Generationen. Atomrisiko stoppen heißt: Atomkraftwerke abschalten.

Grund 3:

Kohle und Atom sind ungerecht

Unter den Folgen von Klimakatastrophe, Kohleabbau und selbst von Atomunfällen haben die ärmsten Länder der Welt und die jeweils ärmsten Teile der Bevölkerung am meisten zu leiden. Denn diese haben die wenigsten Möglichkeiten, Schäden

durch Dürre, Überschwemmungen oder radioaktiven Fallout abzuwenden oder abzufedern. Solange wir weiter auf Technologien setzen, die solche Schäden hinterlassen, leben wir auf Kosten der Ärmern und verpassen dabei noch die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel. Gerade die industrialisierten Staaten, die mit ihrem Energiehunger in der Vergangenheit bereits eine riesige ökologische Hypothek aufgenommen haben, müssen nun in Vorleistung gehen und eine nachhaltige Energieversorgung aufbauen.

Grund 4:

Großmonopolisten entmachten

Wer entscheidet über unsere Energieversorgung? Im Moment besitzen wenige Großkonzerne Kraftwerke und Netze, dominieren den Markt und die energiepolitischen Entscheidungen, nicht zuletzt dank ihrer finanzkräftigen Lobbyverbände. Anders sieht das bei erneuerbaren Energien aus: Solaranlagen, Blockheizkraftwerke oder Windräder gehören vielfach BürgerInnen oder BürgerInnengemeinschaften, LandwirtInnen oder Kommunen. Die Energiewende sorgt für eine demokratischere Energielandschaft. Was angesichts der Bedeutung des Themas mehr als überfällig ist: Über unsere Zukunft sollten wir selbst entscheiden können, nicht einzelne Großkonzerne.

Grund 5:

Dieser Preis ist uns zu hoch

Unsere derzeitige Energieversorgung verschlingt Unmengen Ressourcen: Öl und Kohle, Gas und Uran. Der Preis dafür ist heute schon immens: gigantische Kohlegruben, strahlende Abraumhalden, Ölkatastrophen. Steigen wir nicht um, wird der Druck, weitere Lagerstätten auszubeuten, immer weiter wachsen – selbst wenn das enorme Schäden verursacht: Fracking, um an Öl und Gas zu gelangen, Ölförderung aus Teersanden, im Meer und der Arktis, Uranminen, die ganze Regionen verseuchen und gigantische Kohlegruben, denen reihenweise Dörfer zum Opfer fallen.

Welchen Preis wollen wir noch zahlen? Sind wir clever, steigen wir schnellstens um auf erneuerbare Energien. Die sind auch nicht einfach irgendwann aufgebraucht.

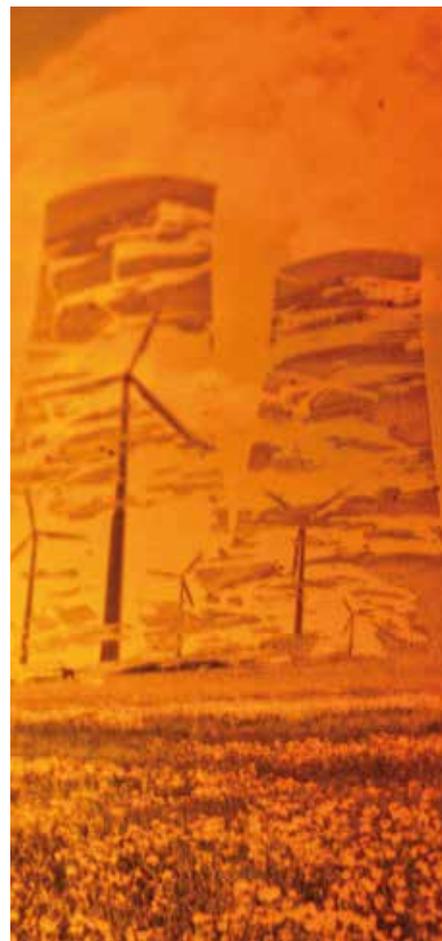


Foto: valentin.d

Grund 6:

Die Sonne schickt keine Rechnung

Derzeit muss die Energiewende als Sündenbock für steigende Stromkosten herhalten. Dass dies schon vom Grundsatz her nicht stimmen kann, liegt auf der Hand: Im Gegensatz zu Kohle und Öl, Gas und Uran, deren Preis stetig steigt, weil ihre Förderung immer aufwändiger wird, kosten erneuerbare Energieträger – nichts. Die Sonne scheint kostenlos, weder Wind noch Wasser stellen eine Rechnung. Eine echte Energiewende ist also der beste Garant dafür, dass Strom auch in Zukunft noch bezahlbar bleibt.

Am und an der Steuer drehen

.ausgestrahlt macht Druck für schnelleres Abschalten – vor und nach der Wahl

•• JULI ••

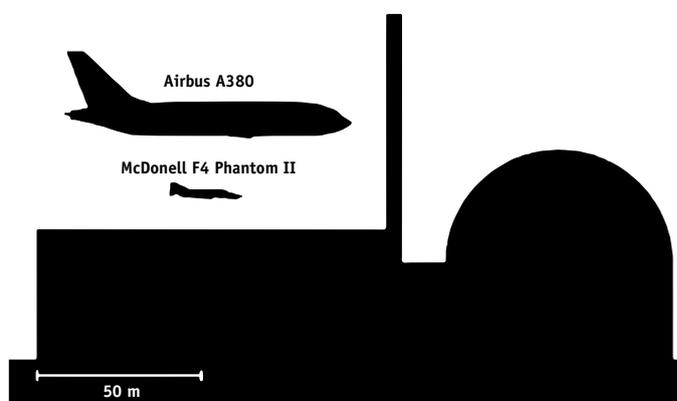
Gutachten zur Gefahr von Flugzeugabstürzen auf AKW

Wegen mangelhaften Schutzes gegen Flugzeugabstürze kassiert das Oberverwaltungsgericht (OVG) Schleswig Mitte Juni die Genehmigung des Zwischenlagers Brunsbüttel. Im Auftrag von .ausgestrahlt analysiert daraufhin Ex-Atomaufseher Dieter Majer in einer gutachterlichen Stellungnahme, wie flugzeugabsturz-sicher eigentlich die neun noch laufenden AKW sind.

Sein erschreckendes Ergebnis: Kein einziges ist gegen den Aufprall eines Passagierflugzeuges ausgelegt; schon der Absturz eines Fliegers mittlerer Größe kann in jedem zur Kernschmelze führen. Die Expertise findet breiten Widerhall in der Presse.

www.ausgestrahlt.de/flugzeugabsturz

AKW Brokdorf vs. Airbus A380



•• AUGUST ••

Langer Atem im Wendland

24 Stunden lang umrunden rund 800 AtomkraftgegnerInnen am 24./25. August die Atomanlagen in Gorleben – zu Fuß, auf dem Rad, zu Pferde und mit Traktoren. „Wir haben den längeren Atem“, warnen sie all jene, die Gorleben via Endlagersuchgesetz nun doch zur Atommüllkippe machen wollen. .ausgestrahlt ist mit einem Infostand und den großen Info-Plakaten zu Gorleben mit dabei.



Fotos: Pauline Geyer

Atommüllkommission – rein oder raus?

Eine vom Bundestag eingesetzte Kommission soll in den kommenden zwei Jahren über Wege aus dem Atommüll-Dilemma diskutieren. So steht es im „Endlagersuchgesetz“, das der alte Bundestag Ende Juni entgegen aller Proteste auch von .ausgestrahlt verabschiedet hat. Ist es sinnvoll, nun trotzdem in der Kommission zu sitzen und den Finger in die Wunde zu legen? Oder besser, deren Arbeit nur von außen zu kritisieren? .ausgestrahlt startet hierzu am 20. August eine Umfrage innerhalb der Anti-Atom-Bewegung und dokumentiert die höchst unterschiedlichen Einschätzungen und Antworten im Internet. Auf der Atommüllkonferenz in Kassel, wenige Tage später, sowie in Diskussionen mit anderen Umweltverbänden ist diese Frage ebenfalls großes Thema. Eine Entscheidung steht noch aus; die Besetzung der Kommission insgesamt liegt wegen der Regierungsbildung derzeit auf Eis. www.ausgestrahlt.de/atommuellkommission

•• SEPTEMBER ••

Vattenfall den Stecker ziehen

Parallel zur Bundestagswahl verpflichten die HamburgerInnen ihre Stadt in einem Volksentscheid, Vattenfall das Strom-, Gas- und Fernwärmenetz streitig zu machen, das jedes Jahr millionenschwere Gewinne abwirft.

Ein guter Auftakt auch für den Volksentscheid über die Re-kommunalisierung des Berliner Stromnetzes am 3. November. .ausgestrahlt hat beide Initiativen unter anderem mit „Tschüss Vattenfall“-Aufklebern unterstützt. Diese sind weiterhin erhältlich: www.ausgestrahlt.de/shop



Atomausstieg im Wahlkampf-Endspurt

Während in Fukushima ein Strahlenleck dem anderen folgt, fordern AtomkraftgegnerInnen in Deutschland bei Wahlkampfveranstaltungen aller Parteien „Mehr Tempo beim Atomausstieg“. .ausgestrahlt stellt dafür Plakate und Transparente zur Verfügung, außerdem Vordrucke, auf denen die KandidatInnen von SPD und Grünen die atompolitischen Forderungen aus dem Wahlprogramm ihrer Partei unterschreiben sollen. Schon damit tun sich einige sehr schwer. Zudem unterstützt .ausgestrahlt die Sternfahrten, Umzingelungen und Demonstrationen in Grohnde, Biblis, Duisburg, Braunschweig und Metz gegen den Weiterbetrieb und für den Rückbau von Atomanlagen. Insgesamt gehen dabei mehrere Tausend Menschen auf die Straße.

Merkel am Atom-Steuer

Alle tun so, als sei der „Atomausstieg“ abgehakt, tatsächlich aber passiert – nichts. Neun AKW sind noch immer am Netz, und in vier Jahren sollen es immer noch acht Meiler sein. „Sitzen wir im falschen Bus?“, fragt .ausgestrahlt und nimmt Merkels Bummel-Ausstieg in einem Trickfilm aufs Korn. Nach Merkels Wahlerfolg vom 22. September ist der Clip, den es übrigens auch in einer Kinoversion gibt, umso aktueller. Schon gesehen?

www.ausgestrahlt.de/falscher-bus



Stills: Kolja Burmester

Zahlen, Zahlen, Zahlen

Immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass der Atomausstieg viel schneller gehen könnte. .ausgestrahlt bringt die Fakten, die das belegen, in drei Zahlen-Plakaten auf den Punkt: griffige Argumente, im Internet ergänzt durch Hintergrundinformationen und Quellenangaben. Alle drei Motive sind inzwischen auch als Postkarten mit kurzem Erklärtext auf der Rückseite erhältlich: www.ausgestrahlt.de/mehrtempo → Seite 11



••OKTOBER••



Foto: Jochen Stay

Großplakate im Regierungsviertel

Energiewende verkehrt – Energiewende richtig. Während der Sondierungsgespräche nach der Wahl prangert .ausgestrahlt auf Großplakaten im Berliner Regierungsviertel, vor den Augen und Kameras von Politik und Hauptstadt- und Hauptstadtpresse, das lahme Abschalttempo an: Für die Energiewende dringend benötigte Gaskraftwerke werden stillgelegt, während die Atomkraftwerke weiterlaufen – das darf nicht sein!

Steuererhöhung jetzt!

Gleich beim ersten Treffen der SPD-Spitze nach der Bundestagswahl zeigt .ausgestrahlt (Anti-Atom-)Flagge und erinnert an das Wahlversprechen der Genossen, die Brennelementesteuer zu erhöhen: Das nämlich könnte die AKW schlicht unrentabel machen. Kein Wunder, dass die Atomkonzerne wenig später in die Offensive gehen, um ebendiese Steuer zu kippen. .ausgestrahlt bleibt dran. Foto: Tobias Langguth



1 ist nicht genug!

Geht es nach dem, was Merkel 2011 ins Atomgesetz geschrieben hat, soll in den kommenden vier Jahren nur ein einziges der neun AKW vom Netz. Deutschland wäre so noch 2017 der zweitgrößte Atomstromproduzent in der EU. .ausgestrahlt findet: „1 ist nicht genug!“ – und wird diese Forderung bei den Koalitionsverhandlungen mit Hilfe Tausender Protestpostkarten medienwirksam inszenieren. Weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

www.ausgestrahlt.de/nichtgenug



Die Katastrophe wird größer

Innenminister und Strahlenschutzkommission diskutieren über die Ausweitung der Evakuierungszonen um AKW. Das zeigt: Die Reaktoren sind nach wie vor gefährlich

Fast drei Jahre nach dem Super-GAU in Japan gerät auch der atomare Katastrophenschutz in Deutschland in die Diskussion. Auf der Herbstkonferenz der Innenminister von Bund und Ländern vom 4. bis 6. Dezember in Osnabrück steht nach Informationen von .ausgestrahlt die Ausweitung der Katastrophenschutz-Zonen auf der Tagesordnung. Auch der Eingreifwert für eine dauerhafte Umsiedlung soll sinken. Damit müssten nach einem schweren Atomunfall auch nach offizieller Maßgabe deutlich mehr Menschen ihre Heimat aufgeben.

Anlass ist eine Studie des Bundesamts für Strahlenschutz von 2012. In Simulationsrechnungen hatte die Behörde nachgewiesen, dass ein schwerer Atomunfall viel weiträumigere Folgen haben kann, als bisher offiziell angenommen. Der Katastrophenschutz, so das Fazit, sei darauf in keinster Weise vorbereitet.

Zumindest in Ansätzen könnten die Minister nun nachbessern. Geplant ist offenbar, den Radius der „Zentralzone“ um das AKW von zwei auf fünf Kilometer zu erweitern. Diese Zone, künftig mehr als sechsmal so groß, soll im Katastrophenfall innerhalb von sechs Stunden komplett evakuiert werden. Auch die bisher in zwölf Sektoren eingeteilte „Mittelzone“ soll von 10 auf 20 Kilometer wachsen; ihre Fläche würde sich dadurch vervierfachen. Sektoren in Windrichtung, so die Vorgabe, sollen innerhalb von 24 Stunden evakuiert werden. Das würde bedeuten, dass unzählige weitere Landkreise Pläne erstellen müssten, wie ihre Bevölkerung aus dem Gefahrengebiet gebracht und wo die Evakuierten dann unterkommen könnten. Die neu ausgearbeiteten Katastrophenschutzpläne müssten dann erneut öffentlich ausgelegt werden.

Langfristige Umsiedlungen sollen künftig schon ab einer erwarteten jährlichen Strahlendosis von 50 Millisievert erfolgen; bisher gilt ein Wert von 100 Millisievert. Entsprechend größer würde die dauerhaft zu räumende Zone. In Japan gelten Gebiete ab einer Jahresdosis von



Anlaufstelle für Atom-Flüchtlinge bei einer Katastrophen-Simulation ums AKW Grohnde am 9. März

Foto: Jakob Huber

20 Millisievert als unbewohnbar. In der BfS-Simulation eines Unfalls im AKW Philippsburg müssten je nach Eingreifwert von 100, 50 oder 20 Millisievert Gebiete im Umkreis von bis zu 25, 52 oder 170 Kilometern dauerhaft geräumt werden.

Jodtabletten bundesweit

Erst vor wenigen Jahren hatte die rot-grüne Bundesregierung durchgesetzt, dass zumindest für Kinder, Jugendliche und Schwangere auch im 100-Kilometer-Umkreis von Atomkraftwerken Jodtabletten vorrätig sein müssen. Da die BfS-Studie gezeigt hat, dass diese „Fernzone“ auf mindestens 200 Kilometer ausgedehnt werden müsste, ist nun in der Diskussion, eine Jodtablettenversorgung für Kinder, Jugendliche und Schwangere im gesamten Bundesgebiet vorzuschreiben. Ebenso müssten sich die Behörden künftig im Umkreis von 100 Kilometern um alle Atomkraftwerke darauf vorbereiten, die Bevölkerung aufzurufen, sich in Gebäuden aufzuhalten.

Alle Änderungen müssen von der Strahlenschutzkommission verabschiedet werden. Deren Empfehlungen müsste dann das Bundesumweltministerium billigen, die Rahmenrichtlinien zudem noch von den Innenministern für verbindlich

erklärt werden. Deren Staatssekretäre und Staatsräte treffen sich am 19. und 20. November zu einer Vorkonferenz in Bad Pyrmont. Lokale Anti-Atom-Initiativen wollen zusammen mit .ausgestrahlt Druck machen, dass die höheren Katastrophenschutzanforderungen tatsächlich beschlossen werden – siehe Seite 2.

Weit schlimmere Unfälle denkbar

Viele Mängel im Katastrophenschutz hingegen werden auch dann noch bleiben. So ist bisher nicht davon die Rede, dass mehr als ein Viertel der Sektoren evakuiert werden muss – obwohl die BfS-Studie gezeigt hat, dass der Wind im Verlauf einer Katastrophe so oft drehen kann, dass alle Richtungen betroffen sind. Ebenso könnte der Studie zufolge die einmalige Einnahme von Jodtabletten nicht ausreichen – ganz abgesehen davon, dass diese kaum rechtzeitig verteilt werden können. Und schließlich hat die BfS-Studie nur mit einer eher kleinen Freisetzung radioaktiver Stoffe gerechnet. Tatsächlich sind weit schlimmere Unfälle und ungünstigere Wetterlagen möglich. Wirklichen Schutz bietet nur eine Maßnahme: Atomkraftwerke abschalten. Das steht leider nicht auf der Tagesordnung der Minister.

Tobias Darge

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellen kannst Du mit Hilfe dieser Seite (einfach heraustrennen und nicht vergessen, auf der Rückseite deine Adresse einzutragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

ENERGIEWENDE-DEMO AM 30. NOVEMBER

Plakat

DIN A2 – kostenlos K261

Flyer

DIN A5 – kostenlos K260



ZAHLEN ÜBERZEUGEN

Bestell und verteile die Postkarten – jeweils mit Informationstexten auf den Rückseiten.

Postkarte „Von 9 AKW will Merkel in 4 Jahren nur 1 abschalten“ DIN A6 – kostenlos K257

Postkarte „Genug Strom auch ohne Atom“ DIN A6 – kostenlos K258

Postkarte „21 Gaskraftwerke stillgelegt, 9 AKW noch immer am Netz“ DIN A6 – kostenlos K259



Plakat „Von 9 AKW will Merkel in 4 Jahren nur 1 abschalten“ DIN A2 – kostenlos K249

Plakat „Genug Strom auch ohne Atom“ DIN A2 – kostenlos K248

Plakat „21 Gaskraftwerke stillgelegt, 9 AKW noch immer am Netz“ DIN A2 – kostenlos K247

MEHR TEMPO BEIM ATOMAUSSTIEG

Transparent „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“

wetterfester Stoff, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben und mit Ösen an den Ecken zum Befestigen, 3 x 0,9 m – 25 Euro S 054



Plakat „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“

DIN A2 – kostenlos S055

Anti-Atom-Fahne

90 x 60 cm, aus wetterfestem Fahnenstoff mit abgenähtem Tunnel zum Einstecken einer Fahnestange – 7 Euro S003



STROMPREIS-DEBATTE

HAUPTSACHE, DER STROM IST BILLIG? →

Plakat A3 – kostenlos K163

Postkarte A6 – kostenlos K164

DIESER STROMPREIS IST ZU HOCH. →

Plakat A3 – kostenlos K165

Postkarte A6 – kostenlos K166

SOLLEN UNSERE KINDER DIE STROMRECHUNG ZAHLEN? ↑

Plakat A3 – kostenlos K167

Postkarte A6 – kostenlos K168



ALLES UNTER KONTROLLE?

Plakat

DIN A2 – kostenlos K244

Flyer

Der Flyer klärt über die Machtlosigkeit des Katastrophenschutzes auf und enthält Ideen, was jede/r tun kann, um das Abschalten zu beschleunigen. DIN A6, vierseitig – kostenlos K184



LUFTBALLON-AKTION AM 16.11.

Flyer zur Aktion – kostenlos K262

Mehr Materialien zum Thema Katastrophenschutz auf www.ausgestrahlt.de/shop

ATOMMÜLL-LANDSCHAFT

Landkarte mit allen AKW, Atommüll-Lagern, Atomfabriken, Forschungsreaktoren und stationierten Atomwaffen

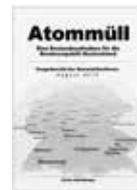
Herausgegeben von der Atommüll-Konferenz
DIN A1 – 3 Euro K256



„Atommüll - Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“

Sorgenbericht der Atommüll-Konferenz (Aug. 2013)

Umfangreiche Bestandsaufnahme aller bekannten Orte der Bundesrepublik, an denen Atommüll produziert wird oder lagert. Über 90 Standorte hat Ursula Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD in Form von Datenblättern abgebildet und so den Atommüll „sichtbar“ gemacht.
DIN A4, 272 Seiten – 15 Euro B035



.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



WEIHNACHTSGESCHENKE

Geschenkkarte für Spende an .ausgestrahlt mit eingedrucktem Spendenbetrag und Platz für einen persönlichen Gruß von Dir

Geschenkkarte
Klappkarte A6 –
25 Euro F003

Geschenkkarte
Klappkarte A6 –
50 Euro F004

Geschenkkarte
Klappkarte A6 –
100 Euro F005



Cappuccino-Schablone

Diese Anti-Atom-Sonne toppt jedes (vor-)weihnachtliche Heißgetränk mit Schaumkrone: Schablone drüberhalten, Kakao drauf streuen, fertig!
Aus spülmaschinenfestem Edelstahl, Ø 9,5 cm, Motivgröße 6 cm – 5,00 Euro S008



Stoffbeutel

Zeige auch beim Einkaufen, dass Du AtomkraftgegnerIn bist. Der Stoffbeutel mit der Anti-Atom-Sonne ist fair produziert und gehandelt und besteht aus 100% Baumwolle. Mit weißem .ausgestrahlt-Schriftzug auf der Rückseite und extra langen Henkeln – 5 Euro S 028



Buch „Die Lieder, das Töten“

Ein Super-GAU mitten in Europa. Der neue Roman von André Pilz – fesselnd wie ein Thriller, erschreckend wie die Realität. André Pilz, 424 Seiten, Haymon 2012 – 424 Seiten, 19,90 Euro L005



Mehr Bücher auf www.ausgestrahlt.de/shop

Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift: _____

Unterschrift nicht vergessen

Ohne Atomkraft in Dänemark

Auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, aber ...

Der 22. März 2012 ist ein Meilenstein in der dänischen Energiepolitik. An diesem Tag beschloss eine breite Mehrheit im Folketinget, dem dänischen Parlament, das Ziel, bis 2020 die Hälfte des Strombedarfs durch Windkraft zu decken. Bis 2050 soll der komplette Energiebedarf für Heizung, Strom, Industrie und Transport durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Unter anderem soll die Umstellung von Kohlekraftwerken auf Biomasse forciert und Biogas mehr gefördert werden. Stück für Stück sollen zudem alle Öl-, später auch alle Erdgasheizungen verschwinden, zum Großteil ersetzt durch Fernwärme aus den ausgedehnten und weiter wachsenden Wärmenetzen.

Das Abkommen, dem nur die „Liberale Allianz“ nicht zustimmte, die für Atomkraft ist, sieht unter anderem den weiteren Ausbau der Windkraft vor, die aktuell bereits 30 Prozent des Strombedarfs deckt. Geplant sind 1.000 Megawatt offshore, zusätzlich 500 Megawatt „near-shore“, das heißt vier bis 20 Kilometer vor der Küste, sowie weitere 500 Megawatt an Land. Leider jedoch hat die Regierung beschlossen, alle Windparks im Meer, auch die ufernahen, per Ausschreibung zu realisieren anstatt über einen Einspeisetarif. Solche Ausschreibungen haben die Entwicklung der Offshore-Windkraft in Dänemark schon in der Vergangenheit verzögert und verteuert.

Einsparziel für Energieversorger

Um die Energieeffizienz zu erhöhen, hat die Regierung die Energieversorger verpflichtet, Strom, Gas und Fernwärme einzusparen. Bei größeren Kunden sind diese schon bemüht, den Energieverbrauch zu drosseln. Bei Haushaltskunden nicht so sehr – deren Beratung ist aufwändiger. Hausbesitzer können von den Energieversorgern einen kleinen Zuschuss für eine energetische Sanierung erhalten. Da viele jedoch davon erst erfahren, wenn sie die Sanierung schon beschlossen haben, entsteht dadurch kein zusätzlicher Anreiz.

Als das Energie-Abkommen verhandelt wurde, gab es gerade einen dänischer Solar-Boom: Sinkende Preise drückten die



Amortisationszeit für Solaranlagen auf unter zehn Jahre, Otto-Normal-BürgerInnen begannen, zu investieren. Den Strom, den sie produzierten, konnten sie mit dem eigenen Verbrauch verrechnen. Bereits im Herbst 2012 jedoch schaffte die Regierung das „net metering“ genannte Fördersystem wieder ab. Bis dahin hatten 60.000 Familien Fotovoltaik-Anlagen auf ihre Dächer montiert. Neue, zudem weniger günstige Förderregeln verzögerten sich, weil die EU zustimmen musste. Das ließ den Haushaltmarkt zusammenbrechen, während nun Investoren versuchen, mit Großanlagen die neuen Regeln auszunutzen.

Ein Problem für Dänemarks „Energiewende“ ist der niedrige Preis für CO₂-Verschmutzungsrechte. Im Zusammenspiel mit den sinkenden Kohlepreisen hat das etwa die Umstellung einiger Kohlekraftwerke auf Biomasse weiter verzögert. Dem Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen von 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, hat das Energieabkommen Dänemark deutlich näher gebracht. Aktuell läuft die Diskussion darüber, wie die letzten sechs Prozent erreicht werden sollen. Denkbar wäre ein weiterer Ausbau der Windkraft und mehr Energieeffizienz, aber auch eine

Verringerung des Methanausstoßes aus der Landwirtschaft etc. Ein Klimagesetz ist ebenfalls geplant.

Die Erfindung der Anti-Atom-Sonne

In den 1970ern, nach der Ölkrise, wollte auch Dänemark AKW bauen. Eine starke Protestbewegung – die auch die weltberühmte Anti-Atom-Sonne erfand – verhinderte dies: 1985 entschied das Folketing, keine AKW zu bauen. Daraufhin wurden auch die Planungen für Uranminen in Grönland gestoppt. 2009 erlangte die Insel größere Autonomie und kann nun auch über ihre Bodenschätze entscheiden. Im März 2013 gewannen konservative Parteien die Wahlen. Die neue grönländische Regierung unterstützt die Entwicklung eines kombinierten Abbaus von Uran- und seltenen Erden in Kvanefeld in Süd-Grönland. Ende Oktober wird das grönländische Parlament über die Abschaffung der Verordnung diskutieren, die den Uran-Abbau untersagt. Falls die Entscheidung für den Abbau fällt, steht die dänische Regierung vor einer schwierigen Frage: Soll sie der Selbstverwaltung gestatten, Uran abzubauen, oder dies – unter Berufung auf sicherheitspolitische Erwägungen – untersagen?

Gunnar Boye Olesen und Hans Pedersen,

VedvarendeEnergj

www.ve.dk

„Wir haben richtig Wind unter den Flügeln“

Beate Gersbeck, 53, Ex-Naturkosthändlerin und Flugbegleiterin, klopft mit „Atomausstieg Groß-Gerau“ Politikern auf die Finger und baut mit einer Genossenschaft selbst an der Energiewende

Anfang der 1980er gab es Pläne für eine WAA im Westerwald, in Merenberg. Da schossen die Bürgerinitiativen aus dem Boden. Wir haben Veranstaltungen und Infostände gemacht. Ein kleines Erdbeben kam uns zu Hilfe: Die Stimmung kippte, der Standort wurde fallengelassen. In den Jahren danach habe ich mich mit anderen Themen beschäftigt. Als aber die Laufzeitverlängerung beschlossen werden sollte, hat es mich wieder gepackt, da musste ich dringend zur großen Demo nach Berlin und suchte einen Bus. So bin ich in die Gruppe hier reingerutscht.

Wir sind 15–20 Aktive, jede/r bringt unterschiedliche Fähigkeiten mit. Unseren Newsletter verschicken wir an 180 Adressen. Seit 2010 machen wir jedes Jahr mehrere Veranstaltungsreihen mit Vorträgen, von „Lohnen sich PV-Anlagen auch 2013 noch?“ über „Atommüll in Biblis“ bis zu „Wie radioaktiv ist meine Bank?“. Vorher und hinterher machen wir immer ordentlich Pressearbeit, so erreichen wir viel mehr Leute als mit der Veranstaltung an sich. Auch die Politiker kriegen so mit, dass da immer noch welche unzufrieden sind und nicht locker lassen. Vor den Wahlen haben wir Fragenkataloge an alle KandidatInnen verschickt, die Ergebnisse



Foto: privat

auf der Webseite dokumentiert. Die Zugriffe sind nach oben geschneilt.

Wenn wir zu Biblis was machen, kriegen wir oft zu hören: „Das ist doch jetzt rum, der Ausstieg beschlossen, die Energiewende läuft.“ Da geht uns natürlich der Kamm hoch. Das ist eine bewusst gestreute Falschinformation. Dahinter stecken Lobbyisten etwa der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die massiv gegen die Energiewende Stimmung macht.

Vor einem Jahr haben einige von uns einen Anstoß eines Energieberaters zur Gründung einer Energiegenossenschaft aufgegriffen. Wir waren auf einen Schlag 30 Leute. Nur drei Monate nach dem ersten Treffen haben wir gegründet, fast zeitgleich ging unsere erste PV-Anlage ans Netz. Inzwischen sind wir bei der siebten, insgesamt knapp 200 Kilowatt Spitzenleistung, alles ohne Banken. Als nächstes wollen wir ein Blockheizkraftwerk bauen, wir träumen von einem Windrad. Mit einem Kühlhausbetreiber sind wir im Gespräch wegen einer weiteren Solaranlage, der könnte den Strom gleich selbst verwerten. Auch zur Demo in Berlin am 30.11. werden wir einen Aufruf machen. Wir haben richtig Wind unter den Flügeln. www.atomausstieg-gg.de

„Wir wollen alles über jeden Riss erfahren“

Jörg Schellenberg, 42, Projektleiter im IT-Bereich, streitet mit dem Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie für die endgültige Stilllegung des rissigen Reaktors im belgischen Tihange

Fukushima war so ein Wendepunkt für mich: Dass man nicht mehr schweigen will, sondern sich engagieren muss. Ich bin zu den Demos und Montagsmahnwachen gegangen, da hat sich das Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie gegründet. Ich habe den Fokus auf das AKW Tihange gelegt, 65 Kilometer westlich von hier.

In Tihange-2 und Doel-3 sind Risse gefunden worden, über 2.000, in Doel-3 über 8.000. 2012 habe ich deswegen Kontakt zum Abteilungsleiter Reaktorsicherheit bei der belgischen Atomaufsicht aufgenommen und mich mit ihm in Brüssel verabredet. Einen Tag später ruft er an: Das Treffen könne leider nicht stattfinden, er dürfe nicht mit Deutschen reden – Vereinbarung zwischen Belgien und Deutschland. Dagegen haben wir Protest eingelegt: Uns steht nach der Aarhus-Konvention offener Zugang zu Informationen zu, unabhängig davon, wo wir wohnen. Die Presse hat das aufgegriffen, das gab gehörigen Druck. Inzwischen haben wir einen Katalog von 60 Fragen. Wir wollen die genaue Stelle jedes Risses und seine Ausdehnung erfahren, damit wir das mit eigenen Experten begutachten können. Bisher verweigert man uns das:



Foto: privat

„Firmengeheimnis“ von Electrabel. Wir überlegen nun, wie wir dagegen klagen.

Die Reaktoren sind im Juni wieder ans Netz gegangen. Mit dieser Kaltblütigkeit hatte ich nicht gerechnet. Es gibt einen vorläufigen und einen Abschlussbericht zu den Rissen. In den Fakten unterscheiden sie sich fast nicht, nur in den Schlüssen: Der Abschlussbericht sagt auf einmal, dass man die Reaktoren doch weiterbetreiben könne. Kein Wunder: Es gab einen Wechsel in der Leitung der Atomaufsicht. Der vorherige Leiter hatte der Presse gesagt: „Ich bin mir nicht sicher, ob das mit Kernenergie gepaarte Risiko heute noch tragbar ist.“ Danach war er schnell weg vom Fenster. Sein Nachfolger ist ein früherer Leiter des AKW Doel ...

Wir organisieren auch Straßenproteste. Im Zuge der Mahnwachen sind Kontakte nach Belgien entstanden. Im September 2011 haben wir die erste gemeinsame Demo in Tihange gemacht. Zum Fukushima-Jahrestag 2013 waren wir auch dort. Und gegen das Wiederanfahren haben wir mit 500 Leuten am Drei-Länder-Punkt in Aachen protestiert. Sehr symbolisch, denn Strahlung macht an der Grenze nicht halt. www.anti-akw-ac.de

„Die Suche endet hier“

Christoph Hubrich, 25, Student in visueller Kommunikation in Weimar, sorgte mit seiner fiktiven „Bürgerinitiative Endlager Suhl“ für Aufsehen weit über die thüringische Kleinstadt hinaus

Für meine Bachelorarbeit der visuellen Kommunikation wollte ich was mit aktuellem Bezug machen, etwas, das die Leute erreicht. Anfang des Jahres war oft das Endlagersuchgesetz in den Nachrichten. Da war immer die Rede davon, dass die Bevölkerung mit einbezogen werden sollte. Ich habe mich gefragt, wer denn für ein Endlager sein soll und wie das aussehen könnte. Also habe ich nach einer passenden Stadt gesucht. Nicht zu groß, damit der Plakatiäraufwand nicht so groß würde, aber auch nicht zu klein, damit die Sache nicht gleich auffliegen würde: Suhl. Vorteil war auch, dass es da lange Zeit Bergbau gab, nach der Wende viel zu Bruch gegangen ist und es auch keine Unis oder so für junge Leute gibt. Diese schlechten Bedingungen qualifizierten die Stadt: Ist man in Suhl tatsächlich bereit, die von mir versprochenen neuen Arbeitsplätze und Geld gegen den Atommüll einzutauschen?

Als nächstes habe ich mir eine Person ausgedacht, die eine „Bürgerinitiative Endlager Suhl“ initiieren könnte, und das getan, was diese vermutlich tun würde: 'ne Webseite schalten, wo drinsteht, wer wir sind, was wir wollen und die Argumente natürlich. Zwei Wochen später wurde diese dann mit Plakaten in Suhl beworben, mit verschiedenen Sprüchen drauf. So Sachen wie „Euer Müll ist unsere Chance“, „Zukunft gestalten, Müll verwalten“ oder „Die Suche endet hier“. Damit bin ich in Geschäfte rein und habe gesagt: „Ich komme von einer Bürgerinitiative, wir wollen, dass sich Suhl an der bundesweiten Endlagerdebatte beteiligt.“ In 90 Prozent der Fälle durfte ich die Plakate sofort aufhängen.

Später habe ich noch Transparente überall in der Stadt aufgespannt, auf denen fiktive Bürger zu der Idee Stellung nehmen, pro und contra – damit die Leute denken, dass es ein echtes Thema ist im Ort. Und schließlich habe ich noch 'ne Menge Aufkleber hinter die Scheibenwischer von Autos geklemmt. Daraufhin haben plötzlich viele Journalisten bei meinem Internet-Hoster angerufen, wollten wissen, was es mit der Bürgerinitiative auf sich hat. Die Drohungen eines Anwalts haben mich schließlich dazu gebracht, dass ich das Rätsel auf der Website aufgelöst habe, damit das niemand mehr falsch verstehen kann. Wobei ich mich



Foto: privat

jetzt frage, was daran laut Endlagersuchgesetz und freier Meinungsäußerung falsch gewesen sein soll.

Es ist ja so: Probleme, die mich nicht selbst betreffen, sind mir schnurz. Holt man aber das Problem dorthin, wo die Leute leben, und konfrontiert sie damit, dann kann man mit 'ner guten Idee auch schon mit so wenigen Mitteln die Menschen zum Nachdenken anregen. Das Presseecho war echt enorm, im Web diskutierten die Leute darüber, selbst das Bundesamt für Strahlenschutz war an einem Erfahrungsaustausch interessiert. Das war mir aber zu viel. Ich war nie Umweltaktivist; zwar schon immer gefühlt gegen Atomkraft, hatte mich aber bis dahin nur wenig damit beschäftigt. Mein Projekt zeigt ganz gut, dass sich unter den jetzigen Bedingungen wahrscheinlich niemand bereiterklären wird, diesen Müll bei sich zu lagern. Im Vorfeld hatte ich in Suhl auch ein paar Leute interviewt. Alle haben gesagt, sie hätten das Vertrauen nicht, wenn da wirklich jemand käme. Da ist um Gorleben herum zu viel Mist passiert.

www.endlagersuhl.de

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.

ÖKO-TEST
RICHTIG GUT LEBEN
Öko-Stromtarife
EWS Schönau
sehr gut
Ausgabe 9/2013

2013
Deutscher
Umweltpreis

Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400 | BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN: DE 51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Carolin Franta, Christiane Knoppe, Gunnar Boye Olesen, Hans Pedersen, Luise Neumann-Cosel, Pauline Geyer, Tobias Darge, Ute Bruckart
Layout: www.holgermueller.de | Druck: Vettters, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 47.000
V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Spenden schenken

Abschalten, und das nicht nur zu Weihnachten

Alle Jahre wieder: Bald steht Weihnachten vor der Tür, Du willst einem lieben Menschen etwas schenken. Nur hat der oder diejenige schon so ziemlich alles, was man brauchen könnte. Und Du willst auch nichts Unnützes schenken. Kennst Du das?

Für diesen Fall bieten wir Dir jetzt eine Alternative an: Du „verschenkst“ eine Spende an .ausgestrahlt. Wie das geht? So: Du „kaufst“ Dir im .ausgestrahlt-Shop eine Geschenkkarte im Wert von 25, 50 oder 100 Euro. Die „Kaufsumme“ ist die Spende. Mit der Karte kannst Du dem/der Beschenkten mitteilen, dass Du uns unterstützt, um ihm/ihr eine Freude zu machen. Die Höhe der Spende ist auf der Innenseite eingedruckt, daneben ist genug Platz für einen



persönlichen Gruß von Dir. Am Ende freut sich nicht nur der oder die Beschenkte, sondern wir alle: wenn das nächste AKW vom Netz geht. Die Karten gibt's online in der Rubrik „Weihnachtsgeschenke“ unter www.ausgestrahlt.de/shop – oder mit dem Bestellzettel auf Seite 12.

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Unterstützung für Anti-Atom-Inis

Ob zur Aktionsplanung oder für Gruppenprozesse: .ausgestrahlt vermittelt eurer Gruppe erfahrene TrainerInnen und ModeratorInnen. Willst Du eine neue Gruppe gründen, bieten wir Dir an, per E-Mail an Adressen in der Region eine Einladung zu verschicken.

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

1.815 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.

Energiewende-Blog

- Kohlelobby und Erneuerbare-Energien-Rekord
- Wärmedämmung statt Atomkraft
- Netzentscheid: Hamburg sagt „Tschüss Vattenfall“
- Karlsruher Institut of Technology (KIT) auch weiterhin strahlend
- Netzausbauplan rechnet mit enormer Überkapazität

Bewegungsmelder

- Vattenfall will Geld für Pannen-AKW
- Drei neue Studien: grenznahe AKW unsicher
- Internationales Uranium Film Festival: Aus Rio de Janeiro nach München
- AKW Gundremmingen: Spaltelemente in Block B und C undicht?

Atommüll-Blog

- Heimlicher Atomtransport nach Gorleben
- Atommüll-Frachter wieder in Hamburg

Fukushima-Blog

- 40.000 gegen Atomkraft in Japan
- Pflugbeil: „Die Wahrscheinlichkeit, dass die Rettung gelingt, geht gegen Null“

Mehr lesen: www.blogs.ausgestrahlt.de

Bewegungs-
stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen

Gefördert durch: www.bewegungsstiftung.de